

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Franz Josef Bischel (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

Ausbildungsplätze im Landesdienst

Die Kleine Anfrage 2031 vom 4. März 1999 hat folgenden Wortlaut:

Der Presse war zu entnehmen, dass bei den jetzt abgeschlossenen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst die öffentlichen Arbeitgeber erklärten, im Jahre 1999 die Zahl der neu eingestellten Auszubildenden auf dem gegenwärtigen hohen Niveau zu halten. Obwohl es in diesem Jahr 40 000 zusätzliche Ausbildungsplatzsuchende gibt, hätten die öffentlichen Arbeitgeber keine weiter gehenden Zusagen gemacht.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Ausbildungsplätze stellt das Land Rheinland-Pfalz in den Jahren 1998 und 1999, getrennt nach Ressorts, zur Verfügung?
2. Ist sie bereit, angesichts der steigenden Zahl von Ausbildungsplatzsuchenden mehr Ausbildungsplätze in den kommenden Jahren zur Verfügung zu stellen?
3. Ist sie bereit, Jugendliche über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden?
4. Ist sie bereit, über den eigenen Bedarf hinaus zusätzliche Ausbildungsplätze in den Berufszweigen bereitzustellen, für die auch in der Wirtschaft Bedarf besteht?
5. Welche diesbezüglichen Vorschläge wird sie dem Haushaltsgesetzgeber unterbreiten?

Das Ministerium des Innern und für Sport hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. März 1999 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im Jahr 1998 stellte das Land Rheinland-Pfalz 2 326 Ausbildungsplätze und im Jahr 1999 2 840 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die Aufschlüsselung auf die Ressorts ergibt sich aus der Anlage.

Zu den Fragen 2 bis 5:

Die Landesregierung wird aus arbeitsmarktpolitischer Sicht weiterhin alle Anstrengungen unternehmen, zusätzliche Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst zur Verfügung zu stellen. Sie ist auch zukünftig bereit, über den Bedarf in der Landesverwaltung Ausbildungsplätze in den Berufszweigen zu schaffen, in denen auch in der privaten Wirtschaft Bedarf besteht. Dies gilt etwa für die Ausbildung der Beamtenanwärterinnen und -anwärter in der Steuerverwaltung sowie im gehobenen Justizdienst, wobei im letztgenannten Berufszweig die Verwendungsmöglichkeiten im privatwirtschaftlichen Bereich wegen des auch in anderen Bundesländern und in anderen Verwaltungsbereichen bestehenden Überhangs zunehmend geringer werden.

Einstellungen können nur im Rahmen der vom Parlament beschlossenen Budgets erfolgen.

Walter Zuber
Staatsminister

Anlage

Ressort	Ausbildungsplätze für Beamte (einfacher, mittlerer, gehobener und höherer Dienst)		Berufe nach dem Berufsbildungsgesetz und sonstige Berufe						Summe der Ausbildungsplätze	
			gewerbli. technische und handwerkli. Berufe/kaufm. Berufe (Kammerberufe)		Berufe des öffentl. Dienstes ¹		sonstige Berufe (Berufe der Landwirtschaft ² ; Heil- und Pflegeberufe)			
			1998	1999	1998	1999	1998	1999		
Staatskanzlei	0	0	0	0	2	3	0	0	2	3
Vertretung des Landes beim Bund	0	0	1	1	0	0	0	0	1	1
Ministerium der Justiz	654	665	0	0	0	0	0	0	654	665
Ministerium des Inneren und für Sport	174	176	13	16	1	0	0	0	188	192
Ministerium der Finanzen	120	130	7	7	1	1	0	0	128	138
Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit	6 ³	6 ³	1	2 ⁴	3	4	2	0	12	12
Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau	38	32	17	1	66	60	43	27	164 ⁵	120
Ministerium für Kultur, Jugend, Familie und Frauen	5	9	5	5	1	9	1	1	12	24
Ministerium für Umwelt und Forsten	10	11	1	9	8	17	59	30	78	67
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung	1.008	1.516	69	94	10	8	0	0	1.087	1.618 ⁶

¹ z.B. Verwaltungsfachangestellte, Fachangestellte für Bürokommunikation, Straßenwärter, Schwimmstergelhilfen, Sozialversicherungsfachangestellte, Vermessungstechniker

² z.B. Gärtner, Tierpfleger, Winzer, Köfer, Forstwirte

³ Die Ausbildung in der Laufbahn des gehobenen Dienstes erfolgt in einem Vertragsverhältnis (§ 43 APöGD i.V.m. dem Rundschreiben des Ministeriums der Finanzen vom 26.06.1998)

⁴ Ein Ausbildungsplatz ist auf das Landessprachheilverfahren (0,33) und das Landeskrankenhaus (0,67) aufgeteilt.

⁵ Einschließlich 42 Ausbildungsplätze, die im Mai 1998 aufgrund eines Sonderprogramms zur Verfügung gestellt wurden

⁶ Nicht berücksichtigt wurden die von dem Universitätsklinikum angebotenen Ausbildungsstellen, da es inzwischen Anstalt des öffentlichen Rechts ist.